

=====

BIW - Aktuell

Ausgabe 13 / 2004

Ein Service der BÜRGER IN WUT <http://www.buerger-in-wut.de>

=====

Inhalt:

Türkei-Mitgliedschaft: Historische Fehlentscheidung in Brüssel!
2 Millionen deutsche Arbeitsplätze Gefahr?
Keine Ehrung für Max Schmeling?
Bürgermeister von Bad Kleinen unterstützt BIW-Aktion
Danksagung des Vorstandes
Der gute Tip
Zu guter Letzt

+ + +

Türkei-Mitgliedschaft: Historische Fehlentscheidung in Brüssel!

Es war leider nicht anders zu erwarten: Am 17. Dezember einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf ihrer Sitzung in Brüssel darauf, mit der Türkei im kommenden Jahr Verhandlungen über einen EU-Beitritt des Landes aufzunehmen. Zuvor hatten bereits das Europäische Parlament und der Deutsche Bundestag den Beginn von Beitrittsgesprächen mit Ankara empfohlen.

Die BIW verurteilen diese historischen Fehlentscheidungen, die dem Mehrheitswillen der Bürger nicht nur in Deutschland eindeutig widersprechen, auf das Schärfste. Durch den Beschluß des EU-Ministerrats ist eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU wahrscheinlicher geworden, da ein Abbruch der einmal begonnenen Beitrittsverhandlungen nur unter Inkaufnahme außenpolitischer Verwerfungen und wohl auch innenpolitischer Spannungen in einigen EU-Ländern möglich wäre.

Die BIW bleiben dabei: Die Aufnahme der Türkei in die EU würde Europa eindeutig überfordern, politisch, wirtschaftlich, finanziell und auch kulturell. Deshalb lehnen wir eine Vollmitgliedschaft der Türkei jetzt und für die Zukunft kategorisch ab. Auch wenn der Brüsseler Beschluß ein Rückschlag war, so ist die Sache noch lange nicht gelaufen. Die Beitrittsverhandlungen mit Ankara werden mindestens 10 Jahre dauern. In dieser Zeit wird die Türkei unter Beweis stellen müssen, wie nachhaltig die in den letzten Monaten mit großer Hast beschlossenen Reformen tatsächlich sind – und ob diese auch im stark traditionalistisch geprägten asiatischen Teil der Türkei praktisch umgesetzt werden.

Am Ende der Verhandlungen müssen alle dann wohl 27 EU-Staaten einer Aufnahme der Türkei in die EU zustimmen. Lehnt nur ein einziges Land den Beitritt ab, bleibt die Türkei außen vor. Der französische Staatspräsident Chirac hat bereits angekündigt, vor einem „Ja“ zu einer Türkei-Mitgliedschaft in der EU das eigene Volk in einem Referendum zu befragen. Und das ist heute laut Umfragen zu 75% gegen einen Beitritt Ankaras.

Man kann davon ausgehen, daß es auch in anderen EU-Staaten Volksabstimmungen zu dieser für die Zukunft Europas so eminent wichtigen Frage geben wird. Deutschland gehört mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht dazu, denn hier ist es längst zur schlechten Angewohnheit der regierenden Parteien geworden, ungestört Politik gegen den Willen der Bürger machen. Und das, obwohl sich auch bei uns jüngsten Umfragen zufolge fast zwei Drittel der Bevölkerung gegen einen Beitritt der Türkei zur Union aussprechen.

Der Kampf gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ist also keineswegs verloren, er hat im Gegenteil gerade erst begonnen! Unsere Kampagne gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die nur mit Hilfe vieler Spender möglich gewesen ist, war ein erster wichtiger Schritt, mit dem wir viele Menschen für die Thematik sensibilisiert haben. Wer in den letzten Wochen die Medien aufmerksam verfolgt hat, dem wird aufgefallen sein, daß zu den Themen Ausländerpolitik und Integrationsprobleme selbst von linken Politikern Wahrheiten ausgesprochen worden sind, die zu äußern noch vor wenigen Jahren die sofortige Stigmatisierung als „rechtsradikal“ nach sich gezogen hätte.

Doch das scheint nun vorbei zu sein. An der Basis rumort es gewaltig. Mit dem Plan, die Türkei in die EU aufzunehmen und damit die neuerliche Zuwanderung von Millionen Menschen aus Anatolien auszulösen, hat die rot-grüne Bundesregierung den Rubikon überschritten. Die Deutschen sind in ihrer großen Mehrheit bestimmt nicht fremdenfeindlich, sie sind aber auch nicht blöd. Deshalb machen jetzt viele Bürger endlich den Mund auf und beziehen couragiert Position in dieser heiklen Frage – und das ist auch gut so!

Die BIW werden jedenfalls nicht aufgeben, sondern ihre Kampagne fortsetzen – gegen eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU. Nachdem unsere bisherigen Aktionen vor allem an die verantwortlichen Politiker gerichtet waren, werden wir nun unsere Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung massiv verstärken. Auch dem letzten Bundesbürger muß klar gemacht werden, was ein Beitritt der Türkei zur EU für Europa und für Deutschland bedeuten würde. Niemand soll am Ende sagen können, er habe nicht gewußt, was auf unser Land zukommt!

+ + +

2 Millionen deutsche Arbeitsplätze Gefahr?

Eine aktuelle Studie der TU München kommt zu alarmierenden Ergebnissen: In Deutschland droht in den nächsten 5 Jahren ein Verlust von weiteren 2 Millionen Arbeitsplätzen. Der Grund: Immer mehr deutsche Industrieunternehmen wollen ihre Produktionsstandorte ins Ausland verlagern, vor allem nach

Osteuropa. Plante vor 2 Jahren nicht einmal jede dritte Firma, Deutschland ganz oder teilweise den Rücken zu kehren, hat sich dieser Anteil mittlerweile verdoppelt. Besorgniserregend ist aus Sicht der Forscher vor allem, daß die Jobverlagerungswelle nun auch den Mittelstand erfaßt hat, der hierzulande 70% der Arbeitsplätze und 80% der Ausbildungsplätze stellt. Denn durch den Beitritt der osteuropäischen Staaten zur EU ist endlich die notwendige Rechtssicherheit entstanden, die es auch kleineren Unternehmen ermöglicht, in benachbarten Billiglohnländern wie Tschechien oder Polen zu investieren. Nur etwa jede zehnte abgewanderte Stelle kommt derzeit wieder nach Deutschland zurück.

Und noch ein anderer Trend ist auffallend: Waren es früher vor allem Jobs in der Produktion, die an das Ausland verloren gingen, sind in jüngerer Zeit zunehmend Stellen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Service und Verwaltung betroffen. Denn anders als in der dritten Welt steht deutschen Unternehmen in Osteuropa ein Heer gutqualifizierter Arbeitskräfte zur Verfügung, die mit einem Bruchteil der in Deutschland üblichen Löhne zufrieden sind.

Auch auf lange Sicht sind die Perspektiven für den Arbeitsmarkt düster – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Bereits heute sind rund eine Milliarde Menschen auf unserem Globus ohne Arbeit oder gelten als unzureichend beschäftigt – so viele wie nie zuvor. Und die Zahl der Erwerbslosen dürfte in Zukunft weiter steigen. Denn der rasante technische Fortschritt und die Erschließung neuer Rationalisierungspotentiale führen dazu, daß die Unternehmen immer weniger Personal benötigen. Gefördert wird diese Entwicklung durch die Globalisierung, die den Wettbewerbsdruck und damit den Zwang zur Kosteneinsparung deutlich erhöht.

Schon Mitte der 90er Jahre stellten die deutschen Wirtschaftsjournalisten Hans-Peter Martin und Harald Schumann gestützt auf die Ergebnisse einer internationalen Konferenz von 500 führenden Politikern, Wirtschaftsmanagern und Wissenschaftlern in San Francisco die These auf, daß in einigen Jahrzehnten 20% aller Erwerbspersonen ausreichen werden, um alle weltweit benötigten Güter und Dienstleistungen zu erzeugen. Die Folgen: Sinkende Löhne und eine wachsende Zahl von Menschen ohne Beschäftigung, eine Entwicklung, von der vor allem Erwerbsfähige ohne oder mit nur geringer Qualifikation betroffen sein werden.

Nur 10 Jahre später scheint die Prognose von Martin und Schumann allmählich zur bitteren Realität zu werden, wie die ständig steigenden Arbeitslosenzahlen nicht nur in Deutschland zeigen. Was sind die logischen Konsequenzen, die aus dieser Entwicklung zu ziehen sind? Zunächst einmal ein Umdenken in der Ausländerpolitik. Die von der politischen Linken immer wieder kolportierte Behauptung, es bedürfe einer großangelegten „kompensatorischen Zuwanderung“, um die demographisch bedingte Bevölkerungsabnahme in Deutschland auszugleichen, ist schlicht falsch. Denn der Rückgang des Arbeitskräfteangebotes geht mit einem Absinken des Personalbedarfs vor allem bei den Geringqualifizierten einher. Nicht mehr, sondern weniger Zuwanderung ist also angesagt.

Doch die Maßnahmen der etablierten Politik bewirken das genaue Gegenteil: So wird die gerade erfolgte Osterweiterung der EU in den nächsten 15 Jahren einen Zuzug von drei bis vier Millionen Arbeitssuchenden aus den Beitrittsstaaten nach Deutschland mit sich bringen. Und sollte die von den politischen Eliten angestrebte Vollmitgliedschaft der Türkei tatsächlich Realität werden, dann sind noch einmal mindestens vier bis fünf Millionen Zuwanderer vom Bosphorus zu erwarten. Diese Menschen werden die Arbeitslosen von morgen sein und damit notwendigerweise auf Kosten des Sozialstaats leben – oder in die Schwarzarbeit abtauchen.

Zweitens wird Deutschland nur dann im internationalen Wettbewerb bestehen können, wenn es auf seine Innovationskraft setzt und Know-how aufbaut, das nicht oder nur schwer von ausländischen Konkurrenten kopiert werden kann. Doch das setzt gut ausgebildete Mitarbeiter voraus. Wenn allerdings heute laut Pisa-Studie bereits jeder vierte Jugendliche im Alter von 15 Jahren nicht einmal einfachste Texte zu verstehen in der Lage ist und im Rechnen nur Leistungen auf Grundschulniveau erreicht, dann ist es um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands schlecht bestellt.

+ + +

Keine Ehrung für Max Schmeling?

Max Schmeling ist eine lebende Legende – am 28. September 2005 feiert der Boxweltmeister und Jahrhundertssportler seinen 100. Geburtstag. Seine sportlichen Erfolge wie der spektakuläre Sieg gegen den „unbezwingbaren“ US-Amerikaner Joe Louis im Jahre 1936, machten Schmeling in Deutschland zu einem Nationalhelden.

Ausgerechnet die Republik Österreich hat nun den stets bescheidenen und zurückhaltenden Schmeling, der 1930 Weltmeister im Schwergewicht wurde, anlässlich seines bevorstehenden Geburtstages in diesem Jahr mit einer Sonderbriefmarke geehrt. Aus den Markenerlösen spendete Schmeling über 100.000 Euro postwendend der Sporthilfe.

Was in unserem kleinen Nachbarland eine Selbstverständlichkeit ist, scheint in Deutschland undenkbar zu sein: „*Mit Ausnahme der Bundespräsidenten werden keine lebenden Bürger geehrt*“, erklärte unlängst der für deutsche Postwertzeichen zuständige Finanzminister Hans Eichel. Ein Gesetz, daß die Motivauswahl für deutsche Briefmarken regelt, gibt es freilich nicht. Es existiert lediglich eine entsprechende „Selbstfestlegung“ des Finanzministeriums. Und mit der hat man es in der Vergangenheit nicht immer so genau genommen.

So sind zum Beispiel auf der Marke Nr. 1958 (1,10 DM) die Fußballer des Rekordmeisters Bayern München, Sven Scheuer, Mehmet Scholl, Markus Babel, Christian Nerlinger, Thomas Strunz, Frank Wiblishauser und Mario Basler verewigt, wie sie auf dem Gladbacher Bökelberg nach dem 34. Spieltag (31. Mai 1997) den Gewinn der Meisterschaft feiern. Und auch der bis

heute sehr vitale Uli Hoeneß schien schon einmal Pate für eine Sondermarke gestanden zu haben: Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 1974 brachte die Deutsche Bundespost mit der Nr. 812 (0,40 DM) eine Briefmarke heraus, auf der ein Fußballer mit DFB-Trikot abgebildet war. Und dessen Konterfei sieht dem von Hoeneß zum Verwechseln ähnlich. Nur ein Zufall? – Wohl kaum!

Max Schmeling hingegen will man diese längst fällige Ehrung zu Lebzeiten offenbar nicht gönnen. Dabei ist der ehemalige Boxweltmeister ein Mann, der sich bereits seit vielen Jahrzehnten großherzig für den Sport und bedürftige Menschen engagiert. So unterstützt Schmeling vor allem Waisenkinder und hat bereits angekündigt, sein gesamtes Vermögen einem Verein hinterlassen zu wollen, der sich für die Belange von Waisen einsetzt. Bis ins hohe Alter hinein ist Max Schmeling damit ein Vorbild geblieben, auch und gerade für die junge Generation! Doch das ficht den Bundesfinanzminister, der kleinlich auf die „Selbstfestlegung“ seiner Behörde pocht, nicht an.

Die BIW fordern deshalb alle Mitglieder, Freunde und die Leser des „BIW Aktuell“ auf, sich mit einem Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler zu wenden und das deutsche Staatsoberhaupt zu bitten, sich für eine Ehrung von Max Schmeling in Form einer Sonderbriefmarke einzusetzen. Denn eine Briefmarke mit der Abbildung Schmelings wäre eine angemessene und schöne Geste, um das Lebenswerk dieses großen Sportlers und Menschenfreundes zu ehren.

Die BIW werden sich in dieser Sache in Kürze selbst an den Bundespräsidenten wenden und unser Staatsoberhaupt dazu auffordern, beim Bundesfinanzministerium zugunsten einer Sonderbriefmarke für Max Schmeling zu intervenieren. Eine Kopie dieses Briefes finden Sie in Kürze auf unserer Internetseite <http://www.buerger-in-wut.de/>. Wenn Sie sich an dieser Aktion beteiligen wollen, dann schreiben Sie bitte an folgende Anschrift: Herrn Bundespräsident Horst Köhler, Bundespräsidialamt, Spreeweg 1, 10557 Berlin. Bitten Sie doch auch Ihre Freunde, Nachbarn, Bekannten und Verwandten, einen entsprechenden Brief nach Berlin zu schicken. Schon an dieser Stelle recht herzlichen Dank!

+ + +

Bürgermeister von Bad Kleinen unterstützt BIW-Aktion

Der Bürgermeister der mecklenburgischen Stadt Bad Kleinen, Hans Kräher (FDP), hat die Initiative der BIW zum Aufstellen eines Gedenksteins für den getöteten Polizeibeamten Michael Newrzella (siehe BIW-Aktuell 7/2004) begrüßt. In einem Telefonat, das der BIW-Vorsitzende Jan Timke dieser Tage mit Herrn Kräher führte, sicherte der Kommunalpolitiker seine Unterstützung für das Projekt zu. Derzeit steht die Stadtverwaltung von Bad Kleinen mit der Deutschen Bahn AG in Verhandlungen, um einen geeigneten Standort für den Gedenkstein auf dem Bahngelände in Bad Kleinen zu finden.

Die BIW sind zuversichtlich, daß die feierliche Einweihung des Gedenksteins in der ersten Jahreshälfte 2005 wird stattfinden können. Alle Spender, die

durch ihre finanziellen Beiträge diese Ehrung von Michael Newzrella überhaupt erst möglich gemacht haben, werden wir zu dieser Veranstaltung selbstverständlich rechtzeitig einladen.

+ + +

Danksagung des Vorstandes

Der Vorstand der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT möchte die letzte Ausgabe des „BIW Aktuell“ in diesem Jahr zum Anlaß nehmen, um sich noch einmal recht herzlich bei allen Mitgliedern, Förderern und Spendern für die geleistete Unterstützung der vergangenen Monate zu bedanken. Ohne Ihre Spenden und die tatkräftige Mithilfe hätten wir unsere Kampagnen, die stets ein großes Echo hervorgerufen haben, nicht durchführen können.

Ihre vielfältigen Reaktionen auf unsere Aktivitäten und Veröffentlichungen wie dem „BIW Aktuell“ haben uns auch gezeigt, daß Sie die Arbeit unserer Wählervereinigung sehr genau und größtenteils wohlwollend begleiten. Für die zahlreichen guten Anregungen, die wir für unsere politische Arbeit erhalten haben, möchten wir uns ebenfalls bedanken.

Die zahlreichen positiven Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit machen uns Mut für die Herausforderungen, die noch vor uns liegen. Das Ziel ist und bleibt klar: Die Gründung einer neuen bürgerlich-konservativen Partei in Deutschland, die aktiv auf die politische Zukunftsgestaltung Einfluß nimmt. Wichtige Zwischenschritte sind die Teilnahme an der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2006 und der Bürgerschaftswahl in Bremen 2007. Es gibt viel zu tun und wir müssen noch einige Hürden nehmen. Aber mit Ihrer Hilfe werden wir das sicherlich schaffen!

Der Vorstand der BIW wünscht Ihnen und Ihren Angehörigen ein besinnliches und frohes Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

+ + +

Der gute Tip

So verringern Sie die Brandgefahr an Weihnachten:

1. Der Baum:

- Ist möglichst frisch geschlagen,
- wird bis zum Fest draußen gelagert,
- steht in einem stabilen Ständer (am besten mit Wasser gefüllt, was das Holz feucht hält) und ist ggf. zusätzlich mit Draht an Wand oder Decke gegen Umkippen gesichert,
- steht zugfrei und nicht in der Nähe von leicht entflammaren Textilien (Gardinen) oder Büchern,

- steht ggf. ein wenig erhöht, damit Krabbelkinder sich nicht an Nadeln oder Glaskugeln verletzen.

2. Die Kerzen:

- stecken gerade und fest in der nicht brennbaren Halterung,
- stehen mit ausreichend Abstand zu Nebenzweigen und Christbaumschmuck,
- werden von oben nach unten und von hinten nach vorne angezündet und in umgekehrter Reihenfolge gelöscht,
- werden nicht zu stark heruntergebrannt, bzw. es werden Sicherheitskerzen verwendet,
- werden gelöscht (am besten mit einem Löschhütchen), wenn der Raum verlassen wird,
- werden nicht mehr angezündet, wenn die Äste zu trocken geworden sind,
- insbesondere wenn Kinder und/oder Haustiere anwesend sind, werden ggf. elektrische Kerzen bzw. Lichterketten statt echter Kerzen benutzt.

3. Elektrische Kerzen bzw. Lichterketten

- haben ein VDE- oder ein GS-Zeichen,
- werden mit Abstand zu leicht brennbaren Gegenständen angebracht,
- werden über Nacht oder bei Verlassen des Hauses ausgesteckt.

4. Besondere Vorsicht gilt Weihnachtsschmuck, an dem Kinder und Katzen gerne ziehen (z. B. Lametta)

- Kinder und Haustiere werden nicht mit dem Baum allein gelassen,
- die Zündhölzer werden nach Gebrauch kurz in Wasser getaucht, um sicherzugehen, daß sie nach dem Wegwerfen nicht nachglühen,
- Zündhölzer und Feuerzeuge werden außerhalb der Reichweite von Kindern aufbewahrt.

+ + +

Zu guter Letzt ...

Alle Jahre wieder oder die Eskalation der Besinnlichkeit

Autor: Unbekannt - aber wir loben ihn

Montag, 7. Oktober:

Schönster Altweibersommer - noch einmal Menschen in T-Shirt und Sandalen in den Straßencafés und Biergärten. Bisher keine besonderen Vorkommnisse in der Schloßstrasse.

Dann plötzlich um

10:47

kommt der Befehl von Aldi-Geschäftsführer Erich B.: *"5 Paletten Lebkuchen und Spekulatius in den Eingangsbereich!"* Von nun an überschlagen sich die Ereignisse. Zunächst reagiert Minimal-Geschäftsführer Martin O. eher halbherzig mit einem erweiterten Kerzensortiment und Marzipankartoffeln an der Kasse.

15:07

Edeka-Marktleiter Wilhelm T. hat die Mittagspause genutzt und operiert mit Lametta und Tannengrün in der Wurstausslage.

16:02

Die Filialen von Penny und Plus bekommen Kenntnis von der Offensive, können aber aufgrund von Lieferschwierigkeiten nicht gegenhalten und fordern ein Weihnachtsstillstands-Abkommen bis zum 10. Oktober. Die Gespräche bleiben ohne Ergebnis.

Dienstag, 8. Oktober:

07:30

Im Eingangsbereich von Karstadt bezieht überraschend ein Esel mit Rentierschlitten Stellung, während 2 Weihnachtsmänner vom studentischen Nikolausdienst vorbeihastende Schulkinder zu ihren Weihnachtswünschen verheören. Zeitgleich erstrahlt die Kaufhausfassade im gleißenden Schein von 260.000 Elektrokerzen. Die geschockte Konkurrenz kann zunächst nur ohnmächtig zuschauen. Immerhin haben jetzt auch Horten, Sinn, C&A und Real den Ernst der Lage erkannt.

Mittwoch, 9. Oktober:

09:00

Edeka setzt Krippenfiguren ins Gemüse.

09:12

Minimal kontert mit massivem Einsatz von Rauschgoldengeln im Tiefkühlregal.

10:05

Bei C&A verirren sich Dutzende Kunde in einem Wald von Weihnachtsbäumen. Bei der Polizei treffen erste Vermißtenanzeigen ein.

12:00

Neue Dienstanweisung bei Plus: An der Käsetheke wird mit sofortiger Wirkung ein "Frohes Fest" gewünscht. Die Schlemmerabteilung von Real kündigt für den Nachmittag Vergeltungsmaßnahmen an.

Donnerstag, 10. Oktober:

07:00

Karstadt schaufelt Kunstschnee in die Schaufenster.

08:00

In einer eilig einberufenen Krisenversammlung fordert der aufgebrachte Penny-Geschäftsführer Walter T. von seinen Mitarbeitern lautstark: *"Weihnachten bis zum Äußersten"* und verfügt den pausenlosen Einsatz der von der

Konkurrenz gefürchteten CD: "Weihnachten mit Mirrelle Mathieu" über Dekkenlautsprecher. Der Nachmittag bleibt ansonsten ruhig.

Freitag, 11. Oktober:

08:00

Anwohner der Schloßstrasse versuchen mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung die nun vom Media-Markt angedrohte Musikoffensive "Heiligabend mit den Flippers" zu stoppen.

09:14

Ein Aldi-Sattelschlepper mit Pfeffernüssen rammt den Posaunenchor "Adventiat", der gerade vor Karstadt zum großen Weihnachtsoratorium ansetzen wollte.

09:30

Aldi dementiert. Es habe sich bei der Ladung nicht um Pfeffernüsse, sondern Christbaumkugeln gehandelt.

Sonnabend, 12. Oktober:

Die Fronten verhärten sich; die Strategien werden zunehmend aggressiver.

10:37

Auf einem Polizeirevier meldet sich die Diabetikerin Anna K. und gibt zu Protokoll, sie sei soeben auf dem Plus-Parkplatz zum Verzehr von Glühwein und Christstollen gezwungen worden. Die Beamten sind ratlos.

12:00

Seit gut einer halben Stunde beschießen Karstadt, Sinn und C&A die Einkaufszone mit Schneekanonen. Das Ordnungsamt mahnt die Räum- und Streupflicht an. Umsonst!

14:30

Teile der Innenstadt sind unpassierbar. Eine Hubschrauberstaffel des Bundesgrenzschutzes beginnt mit der Bergung von Eingeschlossenen. Menschen wie Du und ich, die nur mal in der schönen Herbstsonne bummeln wollten.

Frohe Weihnachten!

V.i.S.d.P.: Wählervereinigung BÜRGER IN WUT, c/o Jan Timke, Rotdornallee 18a, D-28717 Bremen. E-Mail: info@buerger-in-wut.de. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der BIW.